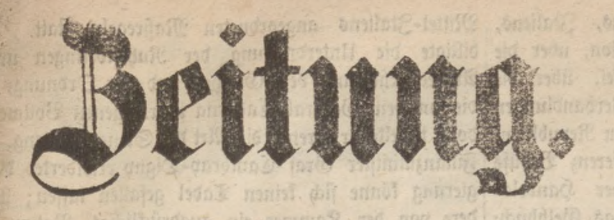
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Kirchplatz № 3., Mitredakteur: R. Hahn.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr. Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.



Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr. monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 40. Abendblatt. Montag, den 25. Januar 1869.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

Siebenunddreißigste Sitzung vom 23. Januar.

Präsident v. Forckenbeck eröffnete die Sitzung um 10 Uhr 30 Minuten.

Am Ministertische: Dr. Leonhardt und mehrere Regierungs-Kommissare.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen, darunter über den Eintritt des Abg. Miquel in das Haus, wird in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Gegenstand derselben ist die Vorberathung über den Gesetzentwurf über den Eigenthumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerk und selbstständigen Gerechtigkeiten.

Zu diesem Gesetzentwurfe liegt eine große Zahl von Amendements vor, darunter eines vom Abg. Oetker, welches beantragt: den Gesetzentwurf an eine Kommission zur Prüfung zu überweisen.

Die Abstimmung über diesen Antrag wird am Schlusse der General-Diskussion erfolgen. — Der Gesetzentwurf besteht aus sechs Abschnitten, und Abg. Twesten beantragt, eine Generaldebatte über jeden einzelnen Abschnitt eintreten zu lassen, weil es dadurch möglich werde, die Debatte sachlicher zu halten. Abg. Waldeck erklärt sich dagegen und das Haus lehnt den Twestenschen Antrag ab.

Der erste Redner in der Generaldiskussion ist der Abg. Bähr (Kassel). Derselbe erörtert zunächst das Bedürfniß einer tiefgreifenden Reform des Hypothekenrechts sowohl in formeller, wie materieller Beziehung und erachtet deshalb die Vorlage dieses Gesetzes für eine zeitgemäße, dem Bedürfniß entsprechende. Er geht demnächst auf den Abschnitt 1. „Von dem Erwerb des Eigenthums von Grundstücken" näher ein, zu welchem er, mit Bezug auf den rechtmäßigen und unrechtmäßigen Eigenthumseintrag verschiedene Amendements gestellt hat, wonach u. A. Derjenige, welcher als Eigenthümer eines Grundstückes im Hypothekenbuche eingetragen ist, hierdurch, ohne Rücksicht auf die Rechtmäßigkeit des Eintrages, auf den Besitz des Grundstückes berechtigt sein und die mit dem Eigenthum verbundenen Rechte und Pflichten zu vertreten haben soll. Uebergehend zum dritten Abschnitt „Hypothekenrecht" rechtfertigt er ein ferneres, von ihm gestelltes Amendement, nach welchem es statthaft sein soll, eine Schuld ohne persönliche Verpflichtung, lediglich mittelst Hypothekbestellung einzugehen (Grundschuld). Für solche soll nur der jeweilige Eigenthümer des verpfändeten Grundstückes mittelst desselben haften. Gegen den Erwerber einer auf den Namen des Eigenthümers bestellten Hypothek sollen Einreden nur in so weit zulässig sein, als sie gegen seine Person begründet seien, oder aus dem Hypothekenbuche oder aus dem Hypothekenbriefe sich ergeben. Eine solche Hypothek habe, wie der Redner weiter ausführt, in der That Aehnlichkeit mit dem Wechsel und sein letzter Vorschlag geht darauf hinaus, diese Hypothek auch so zu behandeln. Das Messer, welches jetzt angelegt werden solle, sei sehr scharf, aber hüte man sich, daß man nicht in gesundes Fleisch schneide.

Abg. Reichensperger (gegen die Vorlage): Der Gesetzentwurf habe besonders den Zweck, das Grundeigenthum zu einem möglich bequemen Objekt der Verpfändung zu machen. Es frage sich, ob es möglich sein werde, dem Grundbesitz durch Hypothekenbanken denselben Segen zuzuwenden, wie dem Handelskredit durch die Handelsbanken. Der Redner erörtert darauf den großen Unterschied zwischen der Verpfändung von Waaren und von Grund und Boden. Die Gesetzgebung, sie möge noch so radikal sein, sei immer nur im Stande, die Kontrahirung der Schuld und die Exekution zu erleichtern, nimmer aber sei sie im Stande, eine Erhöhung des materiellen Werthes des Grund und Bodens herbeizuführen. Die Vorlage würde dahin führen, daß das Grundeigenthum in die Hände von Kapitalisten übergehe, welche die Ertragsfähigkeit desselben zu erhöhen nicht im Stande seien. Die Hauptrichtung des Gesetzentwurfes müsse dahin gerichtet sein, die Entlastung der Grundbesitzung möglichst zu erleichtern. Er sei der Ansicht, daß das Streben der Gesetzgebung dahin gerichtet sein müsse, den kleinen Grundbesitz möglichst zu befestigen, und den hochverschuldeten Grundbesitz möglichst zu halten.

Regierungs-Kommissar Geh. Justizrath Dr. Förster: Zur Vertheidigung der Vorlage will ich die Gesichtspunkte und die allgemeinen Grundsätze erörtern, die dem Gesetz-Entwurfe zum Grunde liegen. Zunächst bedarf es wohl kaum der Versicherung, daß die Staats-Regierung von der Ueberzeugung durchdrungen ist, daß Entwürfe von solcher Tragweite, wie der vorliegende, niemals absolut fertig werden können. Die Staatsregierung wird deshalb die Abänderungsanträge der eingehendsten und unbefangensten Prüfung unterwerfen. Dabei bleibt freilich zu wünschen, daß die Aenderungen, welche der Entwurf erleidet, nicht die Einheit des Prinzips und des innern Zusammenhanges des Gesetz-Entwurfes alteriren mögen, denn wie ziemlich allgemein anerkannt wird, ist es einer der größten Mängel unserer privatrechtlichen Gesetzgebung, daß so häufig die Einheit und dadurch die Einfachheit des Rechtszustandes durchbrochen wird, weil man der Billigkeit und der augenblicklichen Nützlichkeit zu weit Rechnung getragen hat. Dadurch wird der Mangel an durchsichtiger und übersichtlicher Erkennbarkeit herbeigeführt. Wir müssen mit diesem kasuistischen Charakter der Gesetzgebung ganz und vollständig brechen. Mit dieser Eigenthümlichkeit der Vorlage hängt eine andere zusammen, welche vielleicht einige Besorgniß erregen wird. Der Entwurf vermeidet nämlich jede Bevormundung gegen Leichtsinn und Uebereilung. Die öffentliche Diskussion hat sich mit allen den Fragen seit einer Reihe von Jahren tief und eingehend beschäftigt, die Staatsregierung hat deshalb auch keinen Anstand nehmen können, jetzt den Entwurf dem Hause vorzulegen; sie kann nur dringend den Wunsch aussprechen, daß das Gesetz zum Abschluß gebracht werde, zumal die Verhältnisse in den anderen Provinzen es dringend erheischen. Bei der Ausarbeitung des Entwurfes ist man von einem allgemeineren Standpunkt ausgegangen, als bisher und die Staatsregierung hofft, daß es anerkannt werden wird, daß dieser Standpunkt nicht mehr ein willkürlicher, sondern ein nothwendiger ist. Der Rechtszustand auf dem Gebiete des Immobilienrechts bedarf in allen Provinzen des preußischen Staats der Reform, diese muß den heutigen Bedürfnissen des Leben und Verkehrs entsprechend hergestellt werden. Unter den Prinzipien, welche dem Entwurfe zum Grunde gelegt werden, sind die im ersten Abschnitt am meisten neu. An die Spitze gestellt ist der Satz, daß das Grundeigenthum im Falle der freiwilligen Veräußerung nur durch Hypothekeneintragung erworben werden kann. Der Regierungs-Kommissar erörtert die Prinzipien der Vorlage gegenüber den bisherigen Bestimmungen. Er schließt mit den Worten: Das System des Allgemeinen Landrechts ist schon vielfach wesentlich geändert worden, und eine noch viel umfassendere Umgestaltung steht ihm bevor, sobald der norddeutsche Bund das Obligationenrecht festgestellt haben wird. Wir müssen den Muth haben, das Ueberlieferte zu ändern. Wie nun auch der Beschluß ausfallen möge, er wird immerhin das Zeugniß dafür ablegen, daß wir den Willen haben, ein einheitliches nationales Recht zu schaffen.

Abg. v. Bötticher beantragt: die Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Lasker für die Vorlage: Der Entwurf der Regierung sei so klar und durchsichtig, daß man alle seine Vorzüge und alle seine Mängel auf den ersten Blick erkennen könne. Daß dem jetzigen Zustande ein Ende gemacht werden müsse, darüber sei kein Zweifel. Die Kumulation von Prinzipien, wie sie heute noch bestehe, habe die Folge, daß eine ungeheuere Konfusion über den eigentlichen Besitzer entstehe. Eine Mobilisirung des Grundeigenthums, wie Abg. Reichensperger, befürchte er nicht, hiervor schütze die allgemein anerkannte Stabilität des Grundeigenthums, die durch die Gesetze nicht erschüttert werden kann. Er bekenne sich unbedingt zu dem Prinzip des Eigenthums in der Weise, daß Eigenthum solchergestalt in andere Hände übergeht, daß der Eigenthümer dies in öffentlicher und feierlicher Weise erkläre, und dieser Akt werde geschlossen durch die Eintragung in das öffentliche Buch. In Bezug auf das Hypothekenrecht finde er die Dunkelheit, welche bisher geherrscht habe, auch bei dieser Vorlage wieder vor. Der Redner rügt, daß der Entwurf eine große Zahl von Nebenfragen gänzlich unerwähnt gelassen, daß man neuen Wein in alte Schläuche gethan habe und empfiehlt deshalb Ueberweisung an eine Kommission.

Abg. Waldeck (gegen die Vorlage): In dem gegenwärtigen Stadium sei es ganz unmöglich, in die Sache so einzugehen, wie es bei einer so großen Frage nothwendig sei. Die Vorlage ändere die ganze bisherige Gesetzgebung von Grund aus. Der Gesetzentwurf befördere es, daß auch mit den Hypotheken ein ähnlicher Schwindel getrieben werden könne, wie mit den Eisenbahn-Aktien. — Er habe in seinen jungen Jahren der neuen Praxis angehört, und erst das Leben habe ihm den außerordentlichen Werth des Landrechts erkennen gelehrt. Was solle man mit einer solchen feierlichen Erklärung, wie Abg. Lasker sie verlange; sei es nicht genug, wenn man einen notariellen Kontrakt habe? Warum solle man denn abweichen von dem, was bisher Rechtens war; wenn man die Begünstigung des Schwindels, die Unterdrückung des kleinen Mannes vor Augen sehe. Die neue Erfindung der Eigenthumsaufnahme müsse gerade vom Himmel gefallen sein. Wohl dem Staate, wo viel mittlere und kleine Leute existiren. Man suche diese zu schützen, denn es gebe doch noch andere Interessen, als die Derjenigen, welche den Grundbesitz subhastiren lassen. (Heiterkeit.) Der erste Satz des ersten Abschnittes sei absolut unannehmbar; vor allem Anderen sei eine Kostenerleichterung nothwendig. Durch die Berathung in einer Kommission werde der Gesetzentwurf genügend durchgearbeitet werden können.

Justizminister Dr. Leonhardt: Ich kann mich, nach der Lage der Sache, nicht gegen den Antrag auf Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission erklären. Ich bin der Ansicht, daß bei so wichtigen und tief eingreifenden Gesetzen es sehr wünschenswerth ist, daß die Grundsätze diskutirt werden und dadurch zur Reife kommen in gesetzgebenden Versammlungen. Es haben jetzt vier Redner gesprochen, dem Grunde nach wesentlich gegen den Entwurf. Ich dürfte mich in dieser Beziehung mit dem Gedanken trösten, daß die vier Redner Juristen sind und daß vom juristischen Standpunkte manche Bedenken gegen die Vorlage vorzubringen sind. Ich kann nur wünschen, daß der Eindruck nicht zur Verwirklichung gelange, den ich von der Debatte gehabt habe, daß nämlich das Bessere der Feind des Guten ist. Der Staatsregierung kann natürlich die Ueberweisung an eine Kommission nicht erwünscht sein, denn es ist ganz selbstverständlich, daß bei einer solchen der Gesetzentwurf in dieser Diät nicht mehr zu Stande kommt. Ob es in der nächsten Diät möglich ist, steht dahin. Die Sache wird dadurch also sehr verzögert und dabei kommt in Betracht, daß bevor wir zu einer festen sichern Regelung der Gerichtsverfassung gelangen, noch andere wichtige Gesetzentwürfe den Landtag passiren müssen. Die Vorlage ist revolutionär und reaktionär genannt; es liegt ihr aber nur das konservative Prinzip zum Grunde, worunter ich das Erlangen und Erhalten einer festen und sichern Grundlage der Rechtsentwickelung verstehe. Liberale Ideen sind von liberalen Neigungen weit entfernt. (Heiterkeit.) Wir stehen vor großen Reformen in der Justizgesetzgebung, zu solchen großen Reformen gehört Muth; ich habe denselben und bitte: lassen Sie sich nicht durch bange Sorgen leiten. In der Gesetzgebung ist das größte Uebel jedenfalls die Angst.

Abg. v. Rönne spricht ebenfalls für Ueberweisung an die Kommission.

Die Diskussion wird geschlossen und die Ueberweisung an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern beschlossen.

An dieselbe Kommission werden gewiesen: 1) der Entwurf einer Hypothekenordnung, 2) der Gesetzentwurf betr. die Stempelabgaben in Hypothekensachen.

Schluß der Sitzung: 3 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Eine große Zahl von Gesetzentwürfen, darunter die Bildung eines Provinzialfonds für die alten Provinzen und wegen Eintheilung der Wahlbezirke.

Deutschland.

□ **Berlin**, 24. Januar. In Dresden ist eine Broschüre in polnischer Sprache unter dem Titel „Was Oesterreich retten kann?" erschienen. Als das Hauptheilungsmittel wird die Wiederherstellung Polens unter der Herrschaft Oesterreichs und die Ausdehnung desselben in der Weise angegeben, daß die russische Herrschaft über die Dwina und den Dniper zurückgedrängt wird, damit dadurch der Einbruch der Barbaren verhindert werde. Zur Erreichung dieser Aufgabe soll Polen und die andern slavischen Länder in ein näheres Verhältniß zu Ungarn treten. Die Broschüre hängt jedenfalls mit der Agitation zusammen, die von den Polen in Galizien getrieben wird. — Bei Abschluß des Postvertrags mit Schweden ist diesseits ausgemacht worden, daß die Route Lübeck-Kopenhagen-Malmoe während der 6 Sommer-Monate täglich befahren werde. Die Erfüllung dieser Forderung ist jetzt durch die Erbauung eines neuen Dampfschiffes „Karlssund" von Seiten Schwedens, das im Frühjahr seine Fahrten beginnen soll, erfolgt. Das Dampfschiff ist 163′ lang, 37′ breit, hat 8′ Tiefgang, kann 4000 Ctr. laden und hat Raum für 28 Passagiere 1. Klasse, 20 2. Klasse und 50 Deckpassagiere. Auch die Deckpassagiere sind durch Errichtung eines Oberdecks vor dem Wetter geschützt. — Der Tod des Kronprinzen von Belgien hat auch hier allgemeine Theilnahme erregt, wird indessen in den Hoffesten, welche während der Karnevalssaison beabsichtigt sind, keine Störung herbeiführen, da es nicht Sitte ist, daß für einen Prinzen so jugendlichen Alters (derselbe war bekanntlich erst 9 Jahre alt) Hoftrauer stattfindet. Nur der Kronprinzliche Hof, der in näheren Beziehungen zur belgischen Königsfamilie steht, hat aus besonderer Rücksichtnahme mehrere in Aussicht genommene Festlichkeiten eingestellt. Auch auf dem gestrigen Subskriptionsball war die Kronprinzessin in Folge dieses Todesfalls nicht erschienen. Der Subskriptionsball war übrigens sehr besucht und sehr glänzend; der König hat auf demselben durch sein frisches Aussehen und sein huldvolles und freundliches Wesen überall wieder den günstigsten Eindruck gemacht. — Nach einem Telegramm der „Neuen freien Presse" soll Graf Bismarck einen Ausflug nach Petersburg gemacht haben, um die preußisch-russische Allianz zu besiegeln. Die „N. fr. Pr." setzt hinzu, daß die Offiziösen aus dieser Petersburger Reise des Grafen Bismarck wahrscheinlich einen Jagdausflug desselben machen würden. Da die russisch-preußische Allianz im Kopfe der Redaktion der „N. fr. Pr." fix und fertig ist, so soll hierüber weiter kein Wort verloren werden: in Betreff des Ausflugs des Grafen Bismarck mag indessen bemerkt werden, daß Graf Bismarck in letzter Zeit gerade hier, in seinem Hotel, bei Hofe, im Abgeordnetenhause u. s. w. häufig gesehen worden ist. Wenn demnach zur Besiegelung der preußisch-russischen Allianz die persönliche Anwesenheit des Grafen in Petersburg durchaus nothwendig wäre, so würde mit dem zweiten allerdings auch der erste Satz fallen. — Die liberalen Korrespondenten haben jetzt die Parole erhalten, gegen das Herrenhaus zu polemisiren. Vor Allem muß denselben dazu die angebliche Verzögerung der Budgetberathung die Handhabe bieten. Man sollte meinen, daß es nachträglich auf ein paar Tage mehr oder weniger nicht ankommen könnte, nachdem das Abgeordnetenhaus zu diesen Berathungen 2½ Monate gebraucht hat und nachdem in Folge davon der Indemnitäts-Paragraph nöthig geworden ist. Diese Skribenten sind indessen mit ihren Behauptungen auch im Unrecht. Die Budget-Kommission des Herrenhauses hat nämlich ihre Berathungen in der gründlichsten Weise geführt und bereits soweit gefördert, daß nächste Woche die Schlußberathung im ganzen Hause erfolgen kann. Da das Herrenhaus den Staatshaushalt nach der Verfassung nur im Ganzen und Großen annehmen oder verwerfen kann, so wird es sich bei der Budget-Berathung desselben zwar nicht um abweichende Voten denen des Abgeordnetenhauses gegenüber, wohl aber um Resolutionen handeln, die manchen Anschauungen und Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entschieden gegenüber treten. — Durch Cirkular-Verfügung des evangelischen Oberkirchenrathes haben die Konsistorien der alten Provinzen (der Oberkirchenrath dehnt seine Wirksamkeit bekanntlich blos über diese aus) zur Kenntnißnahme eine summarische Uebersicht über die auf den Universitäten Berlin, Bonn, Breslau, Königsberg, Halle und Greifswald im jetzigen Wintersemester immatrikulirten, den alten Provinzen angehörigen Studirenden der evangelischen Theologie erhalten. Hiernach befinden sich solche Studirende in Berlin 261, Bonn 40, Breslau 66, Königsberg 75, Halle 273 und Greifswald 32, zusammen also 787, 28 weniger als im vorigen Sommersemester. — Ueber das Resultat der im vorigen Jahre abgehaltenen Kirchen- und Hauskollekte zur Abhülfe von Nothständen in der evangelischen Landeskirche sind weitere Nachrichten eingegangen, nach welchen sich mit Sicherheit erwarten läßt, daß dasselbe günstiger als bei der letzten Kollekte ausfallen wird. In der Provinz Posen, wo das evangelische Element weniger vertreten ist, war der Ertrag der in 177 Parochieen abgehaltenen Kollekte 5678 Thlr. (i. J. 1866 nur 4048 Thlr.) und in der Rheinprovinz, wo die Evangelischen nur einen kleinen Bruchtheil bilden, ergab die Kirchenkollekte 1156 Thlr. und die Hauskollekte 7680 Thlr. Aus den übrigen Provinzen fehlen die definitiven Zahlen noch.

Berlin, 24. Jan. Se. Maj. der König empfing gestern den Kommandeur der 20. Infanterie-Brigade Generals Wittig, den Kapitän zur See Köhler, der zum Präses der Abnahme-Kommission für die Panzerfregatte „König Wilhelm" ernannt ist und in diesen Tagen nach London abgeht und andere höhere Militärs, nahm hierauf die Vorträge der Hofmarschälle Grafen Pückler und Perponcher, des Militär- und Civil-Kabinets, des Geh. Hofrathes Borck entgegen und arbeitete nach einer Ausfahrt mit dem Minister-Präsident Graf Bismarck. Abends erschienen die hohen Herrschaften in der Soirée des Oberst-Kämmerers Grafen Redern.

Ausland.

Wien, 23. Januar. Die Anglo-Austrian-Bank veröffentlicht die Einladung und die Bedingungen für die am 29. und 30. Januar stattfindende Subskription auf die Aktien der ungarischen Ostbahn. Der Emissionscours beträgt per Aktie zu 200 fl. in Silber 320 Frcs. in Gold.

— 24. Februar. Der „Presse" zufolge hat die türkische Regierung an ihre diplomatischen Vertreter eine Cirkular-Depesche erlassen, worin dieselbe ihre Zufriedenheit mit dem Resultate der Konferenz ausspricht und sagt, daß die Pforte Angesichts der einstimmigen Verurtheilung des Verhaltens der griechischen Regierung als völkerrechtswidrig, auf eine punktweise Durchführung des Ultimatums verzichte. Eine weitere Demüthigung oder die Bekriegung Griechenlands sei überhaupt nicht beabsichtigt gewesen, die Pforte betrachte somit das Ultimatum als erledigt, zumal der fünfte Punkt desselben den eigentlichen Gegenstand der von der Konferenz erlassenen Deklaration bilde.

Brüssel, 23. Januar. Die Leiche des Kronprinzen ist heute einbalsamirt worden. Das Leichenbegängniß wird nächsten Montag ohne jeden Pomp in Laeken stattfinden. Das ganze Episkopat wird unter Führung des Erzbischofs demselben beiwohnen.

Paris, 23. Januar. Das Gelbbuch ist heute vertheilt worden. Ueber die deutschen Angelegenheiten enthält es Nichts; die Schriftstücke über den türkisch-griechischen Streit werden Gegenstand einer späteren Veröffentlichung sein. — Das Buch enthält nur De-

peschen über die Angelegenheiten Spaniens, Italiens, Serbiens, Rumäniens, der Donaukommission, über die Libanonfrage, über die Reform der Türkei, über die Verhandlungen mit Tunis, über die Verhandlungen zwischen Spanien und den südamerikanischen Republiken, über Japan, über die Petersburger Konferenz Behufs Abschaffung der Sprenggeschosse und über Handelsangelegenheiten. — Ueber Spanien sagt das Gelbbuch: der Kaiser hat Olozaga empfangen, um seine günstige Gesinnung gegen Spanien auszudrücken, nachdem Lord Clarendon die Zusicherung ertheilt hatte, England würde gleichfalls den spanischen Gesandten empfangen. — Ueber Italien enthält das Gelbbuch die Depeschen, welche sich auf die Repartition der päpstlichen Schuld und den modus videndi zwischen Italien und Rom beziehen. Es äußert sich ferner über die italienischen Angelegenheiten folgendermaßen: Was die französische Besatzung in Rom betreffe, so beabsichtige man nicht, dieselbe noch lange Zeit dort zu lassen; doch sei der Zeitpunkt, sie abzuberufen, noch nicht gekommen; denn die Freunde des Umsturzes würden darin sogleich eine Gelegenheit erblicken, ihre Angriffspläne wieder aufzunehmen. — In Betreff Rumäniens heißt es: wenn neuerdings die Beziehungen Rumäniens und Frankreichs für einen Augenblick geändert waren, so geschah es, weil Frankreich nicht die gefährliche Entwickelung der rumänischen Politik mit Gleichgültigkeit ansehen konnte. Falls Rumänien wieder in die normale Bahn einlenkt, werden die Besorgnisse und Gefahren ein Ende haben. Schließlich sagt das Gelbbuch über Tunis: Wir billigen keinen der Vorwände, welche Tunis anwendet, um seine Verpflichtungen nicht zu erfüllen; dieselben sind nur Mittel, um Zeit zu gewinnen, und wir werden beharrlich fortfahren, die schuldige Genugthung zu fordern.

— Im gesetzgebenden Körper haben die Abgeordneten Buffet und Bethmont zwei Interpellationen über die innere Politik eingebracht; die Interpellationen über die Ruhestörungen auf der Insel Réunion sind gestattet worden und werden am Dienstag zur Sprache kommen. Heute fanden Debatten über Wahlprüfungen statt, an denen sich Bethmont, Havrincourt, Pelletan und Rouher betheiligten. Es handelte sich um die Zulassung des Kaiserlichen Stallmeisters Bourgoing und man behauptete, die Annahme eines Mandats zum gesetzgebenden Körper vertrage sich nicht mit der Stellung als Beamter des Kaiserlichen Hauses. Schließlich wurde die Wahl Bourgoing's genehmigt. — „Public“ berichtigt die Mittheilung des „Journal des Débats“ und erklärt, die Mächte seien keine Verpflichtung für den Fall eingegangen, daß Griechenland die Annahme der Kollektiverklärung verweigere; bis jetzt sei nur ein Einverständniß über völkerrechtliche Grundsätze erzielt.

Paris, 23. Januar. Unter den Dokumenten des Gelbbuchs wird eine Depesche bemerkt, welche von Marquis de Lavalette unterm 29. Dezember v. J. an den den französischen Gesandten in Madrid, Mercier, gerichtet ist und worin es heißt: Der Kaiser habe Olozaga als außerordentlichen Botschafter der provisorischen Regierung Spaniens am 27. Dezember in Audienz empfangen, der Minister des Aeußeren sei beauftragt gewesen, sich zu erkundigen, ob der englische Hof gesonnen sei, eine gleiche Haltung zu beobachten, worauf Lord Clarendon dem französischen Botschafter in London, Fürsten de Latour d'Auvergne erwiedert habe, dem Vertreter der provisorischen Regierung werde in London dieselbe Behandlung widerfahren wie in Paris.

— Die heutige Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde durch Wahlprüfungen ausgefüllt, die Wahlen von Grévy, Peyruc, Lejoindre und Auvray wurden genehmigt. Die Interpellation, betreffend die Vorgänge auf der Insel Réunion, ist von sämmtlichen Bureaux genehmigt worden. Wie mehrere Abendzeitungen übereinstimmend melden, lauten die Instruktionen, welche Graf Ch. Walewski für den französischen Gesandten nach Athen mitnimmt, dahin, der griechischen Regierung eine möglichst schleunige Entschlußfassung anzuempfehlen. „Constitutionnel“ weist auf das günstige Urtheil der „N. Allg. Ztg.“ und andere Blätter über die Resultate der Konferenz hin, und knüpft daran die Bemerkung, es sei eine Thatsache, daß die öffentliche Meinung Europas sich den Erweiterungsprojekten Griechenlands nicht günstiger zeige, als sie es gegenüber andern großen Umgestaltungen der europäischen Karte gewesen.

— Der Seitens der Konferenz mit Ueberbringung der Depesche an die griechische Regierung beauftragte Graf Walewski hat sich heute in Marseille nach Athen eingeschifft. — „Public“ erklärt das Gerücht, daß französische Truppen nach Civita Vecchia gesandt werden sollen, für unbegründet.

— Heute kam die Angelegenheit Betreffs der Reden in den öffentlichen Versammlungen, welche anstößig gefunden wurden, wieder vor das Zuchtpolizeigericht. — Heute bestätigte die Appellationskammer des Zuchtpolizeigerichts die vier Urtheile, welche den „Figaro“ wegen Veröffentlichung der Debatten über vier Diffamations-Prozesse für jeden Fall zu 50 Franken Geldstrafe verurtheilen.

— Bisher bezahlte der Senat das Frühstück und Diner der Offiziere, welche im Senatspalaste die Wache hatten. Ein Befehl des Groß-Referendarius des Senats unterdrückt dieses System und die Offiziere müssen sich in Zukunft selbst beköstigen. Man will sparen. Komisch ist es aber jedenfalls, daß das Spar-System zuerst auf die Unter-Lieutenants, die nur 1500 Frcs. Gehalt haben, Anwendung findet.

Florenz, 23. Jan. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fand die Debatte über die Mahlsteuer und die Seitens der Regierung in den Provinzen Mittel-Italiens angeordneten Maßregeln statt. Sella billigte die Unterdrückung der Ruhestörungen und die Aufrechterhaltung des Gesetzes und der Ordnung, sowie die an den General Cadorna übertragenen Vollmachten, doch tadelte er streng die Art der Steuererhebung. Der Finanzminister Graf Cambray-Digny erwiderte, die Regierung könne sich keinen Tadel gefallen lassen; sie fordere von der Kammer ein ausdrückliches Votum, wodurch rückhaltslos das ganze Verfahren gebilligt werde; sonst würde das Ansehen der Regierung in bedenklicher Weise geschwächt werden und es unmöglich sein, die Steuer einzutreiben. — Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

— Im Laufe der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer erklärt der Justizminister, die Regierung werde, sobald sie den Zeitpunkt geeignet erachte, einen Gesetzentwurf vorlegen, dahin zielend, den Ausschreitungen der Presse steuern zu können, ohne die Freiheit derselben zu beschränken.

Madrid, 23. Januar. Die per atlantisches Kabel gemeldete Nachricht, daß zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien Unterhandlungen über den Verkauf der Insel Cuba angeknüpft seien, ist durchaus unbegründet. Die provisorische Regierung hat erklärt, sie werde niemals einen derartigen Vorschlag annehmen.

Kopenhagen, 23. Januar. Daß Folkething verwarf in seiner heutigen Sitzung den Vorschlag, ein großes Panzerschiff im Auslande anzukaufen und beschloß dagegen die Erbauung eines solchen in Dänemark. Es ist ein Antrag angekündigt auf Niedersetzung eines aus Civilisten und Militärs bestehenden Ausschusses zur Untersuchung des Verhaltens der bei der Uebergabe Alsens Kommandirenden; der Antrag wird von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichnet werden.

Pommern.

Stettin, 25. Januar. Gestern Vormittag fand auf der Grünhof-Brauerei eine zahlreich besuchte Versammlung der Maschinenbau- und Metall-Arbeiter Stettin's und der Umgegend zum Zwecke der Gründung eines Ortsvereins derselben statt, in welcher ein Mitglied des in Berlin bestehenden „Generalraths des Gewerksvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter“ sich in einem längeren Vortrage über die Zwecke des Vereins, so wie über die nach seiner Ansicht herrschenden Mißstände aussprach, welche das Wohl der Arbeiter schädigen. Der Hauptzweck des Vereins ist Schutz und Förderung der Rechte und Interessen der Mitglieder auf gesetzlichem Wege durch Gründung (resp. Verbesserung und Vereinigung der bestehenden) Kranken-, Begräbniß- und Invaliden-Kassen, Unterstützung ohne eigene Schuld in Noth gerathener Arbeiter, Arbeitsvermittlung, Beförderung der allgemeinen wie gewerblichen Ausbildung, Vertretung der Mitglieder den Arbeitgebern, Behörden und dem Publikum gegenüber, durch den Vorstand u. s. w. Am Schlusse der Versammlung fanden zahlreiche schriftliche Beitrittserklärungen zu dem zu gründenden Ortsverein statt, dessen definitive Konstituirung in einer zweiten demnächst anzuberaumenden Versammlung vorgenommen werden soll.

— Am Sonnabend hielt Herr Prediger Liscow aus Berlin im Kasino-Saale einen Vortrag über den Kampf Lessings mit dem Haupt-Pastor Goetze in Hamburg. Leider sprach der Redner mit so leiser Stimme, daß man nur mit größter Aufmerksamkeit ihm folgen konnte und dennoch manches uns entging. Nachdem Redner den Entwicklungsgang Lessings in Kürze dargestellt und auf sein umfangreiches Wissen, sein unbeugsames Rechtsgefühl, die Schärfe seines Verstandes und seine antike Größe aufmerksam gemacht hatte, führte er uns in die Ursache des Kampfes mit Goetze, in die Herausgabe der Fragmente eines Ungenannten (des Professors Reimarus in Hamburg) ein und führte uns dann in einzelnen Abschnitten aus den Schriften Lessings den Kampf vor, den dieser für die Freiheit des Geistes und der Untersuchung wider die Unduldsamkeit und Verketzerung des Pastors Goetze geführt hat. Die Zuhörer folgten dem Vortrage mit großer Aufmerksamkeit bis zum Ende.

— Am nächsten Sonnabend, Abends 8 Uhr, feiert die „polytechnische Gesellschaft“ im großen Saale des Schützenhauses ihr Stiftungsfest.

— Nach dem Gesetze muß die inländische Scheidemünze gegen Courant bei den betreffenden Staatskassen stets umgewechselt werden können, und haben die Regierungen neben ihrer Hauptkasse die Kreis- u. s. w. Kassen genau zu bezeichnen, welchen die Umwechslung ohne Weiteres obliegt. Letztere erfolgt jeder Zeit nach ihrem ganzen Nennwerthe. Der Umtausch ist zulässig, wenn die zur Umwechslung angebotene Summe bei der Silberscheidemünze den Betrag von fünf Thalern und bei der Kupferscheidemünze den von zwei Thalern erreicht.

— In Nr. 608 unserer Zeitung vom vorigen Jahre brachten wir die Nachricht, daß zwei Photographen in der Umgegend von Greifswald Photographien gegen Vorausbezahlung auf die Platte gebracht und versprochen hatten, sie bis Ende November abzuliefern, daß aber die Photographien bis Ende vorigen Jahres nicht angelangt seien. Wir erfahren nun aus sicherer Quelle, daß die Verzögerung der Zusendung nur an dem trüben Wetter und der Beschaffenheit der Photographien gelegen hat, indem ein einzelnes Bild zum Kopiren drei bis vier Tage, ein Dutzend demnach vier Wochen erfordert hat, und daß die Photographien jetzt sämmtlich an ihre Adressen abgesandt sind.

Theater-Nachrichten.

Stettin. (Stadttheater.) Eine Bekanntschaft aus dem vorigen Jahre, die „Afrikanerin“ von Meyerbeer, hatte am letzten Sonnabend ein eben so zahlreiches als gewähltes Publikum in den Räumen unseres Theaters versammelt, dasselbe nahm die Vorstellung durchweg mit Beifall auf. Herr Hallermaier fiel uns als Vasco de Gamo besonders in die Augen. Unterstützt durch eine hohe und starke Figur gab er ein gutgelunges Bild des tapferen Seehelden und fehlte in seinem Spiel nur darin, daß er die Hingebung an den Augenblick, jenen charakteristischen Zug des Meyerbeer'schen Helden, der in plötzlicher Aufwallung vor dem Rathe wüthet, seine Sklavin verschenkt, ihr Liebe schwört, nur um sie dann wieder zu verlassen, nicht hinreichend hervorhob. Auch im Gesange zeichnete sich Herr Hallermaier aus, das sonst so oft hervorgetretene Pressen der Stimme war verschwunden, der Künstler sang mit Leichtigkeit, ohne an Ton und Klang zu verlieren. Die Partie, die eine übermäßige Anstrengung im forte eben nicht fordert, lag offenbar günstig für ihn. Wir heben noch als besonders gelungen die Arie „Und wag ich auch mein Blut und Leben“ sowie den vierten Akt hervor. Die Rolle der Selika hingegen, die Frl. Barn übernommen hatte, ist voll von tragischem Feuer, von wechselnder Leidenschaftlichkeit und daher reich an forte. Aber die Stimme der Sängerin klingt grade hier am schönsten, die Fülle derselben ist es, welche Bewunderung einflößt und die Herzen fortreißt. Deshalb gefiel uns auch das Schlummerlied, dem es übrigens an Reinheit in den Figuren fehlte, nicht so als wie die Arien des vierten und die Schlußscene des fünften Aktes, die wohl die Krone des ganzen Abends bildeten. Der reiche Schmuck, den die Sängerin als Sklavin und namentlich als heimgekehrte Königin entfaltete, nahm die Aufmerksamkeit unserer Damenwelt auch noch auf einem anderen Felde in Anspruch, auf das wir leider nicht näher eingehen können, wenngleich der blendende und geschmackvolle Anzug der Künstlerin gleich bei ihrem Erscheinen einen lebhaften Applaus einbrachte. Ein ächter Sohn der afrikanischen Sonne ist auch Nelusko, den Hr. Brandes sang. Die Partie liegt auch für ihn günstig und die Bravourarie „Der Königin bin ich ergeben“, sowie die Romanze vom grausen Adamastor erfreueten sich mit Recht des gespendeten Beifalls. Das Spiel ist angemessen, die Wildheit und der Trotz treten gut hervor, das sklavische Brüten aber im ersten und zweiten Akte hatte für uns etwas übertriebenes. Auch die Nebenrollen waren in guten Händen. Herr Bagg hatte sich mit der Rolle des Don Pedro und des Oberpriesters noch vertrauter als früher gemacht, Frl. Dennay (Ines) genügte namentlich in Akuratesse und Reinheit allen billigen Ansprüchen und auch Herr Heim sang den jugendlichen Don Alvar mit eben demselben Erfolge, nur daß in den Quartetten sich seine Stimme etwas zu sehr hervordrängte. Dagegen war Herr Jackson (Großinquisitor) nicht gut disponirt, die Stimme war klanglos und versagte oft in den wichtigsten Momenten. Auch Hrn. Abich wollte die Partie des Don Diego nicht gelingen, doch weniger weil er nicht gut disponirt, als weil er die nöthige Sicherheit noch nicht erlangt hatte. Dasselbe gilt von einem der singenden Matrosen, der die Paar Worte seiner Rolle durchaus vor der Zeit anbringen wollte und trotz aller Winke nicht davon abzubringen war. Die Chöre und das Orchester befriedigten, die Dekorationen und Maschinerieen sind schon aus dem vorigen Jahre bekannt. Im Ganzen aber erregte die Vorstellung wohl den Wunsch, auch die andern Novitäten des vorigen Jahres, wie namentlich Aschenbrödel wieder auf unserer Bühne zu sehen, wir glauben, das Haus würde ebenso gefüllt werden wie am Sonnabend.

Dresden. Wagners neue Oper „die Meistersinger“ hat entschieden gefallen. Das Haus war überfüllt und der Beifall ein enthusiastischer. Welches Interesse man in den allerhöchsten Kreisen an der Tonschöpfung Richard Wagners nahm, erhellt daraus, daß der gesammte Hof der ersten Vorstellung der „Meistersinger“ bis zum Schluß beiwohnte. Auch Se. Maj. der König war während der ganzen Vorstellung von 6 — $\frac{1}{2}$11 Uhr im Theater und nahm während eines Zwischenaktes in einem die Entrées zu den Königl. Logen bildenden Foyer einen Imbiß ein. Als Se. Maj. nach Beendigung der Vorstellung hörte, daß das Publikum stürmisch den Namen „Rietz“ rief, um sowohl dem Kapellmeister als der Kapelle für ihre wahrhaft trefflichen Leistungen zu danken, trat der König, der bereits den Mantel umgenommen hatte, an die Brüstung der Loge, um ebenfalls zu applaudiren. In der That verdiente die Kapelle und ihr Meister eine solche Auszeichnung; dieselbe hat die schwierige Oper mit der Hälfte der Proben wie das Hoftheater in München einstudiert. In Künstlerkreisen führt man dieses außerordentliche Ereigniß zum Theil mit auf den Umstand zurück, daß an hiesiger Bühne die Wagner'schen Opern stets sehr kultivirt werden. Auswärts traktirt man von Wagner fast nur den Tannhäuser und den Lohengrin. Der fliegende Holländer erscheint gespenstergleich, um sofort zu verschwinden und Rienzi ist seit Jahren an keiner auswärtigen Bühne gegeben worden.

Vermischtes.

Berlin. Emil Hancke wird in diesen Tagen, soweit der Körper äußerlich Verletzungen zeigt, photographirt werden, um für den Fall, daß der Schänder des Kindes vor die Geschworenen gestellt wird, denselben ein vollständiges Bild dieser Verletzungen geben zu können. In der v. Zastrow'schen Wohnung wurde am Freitag nochmals eine Haussuchung abgehalten, bei der neben einer Menge religiöser Bücher und Schriften auch eine bedeutende Partie unsittlicher Bilder vorgefunden wurde. In Bezug der Thäterschaft an dem Cornyschen Morde ist ermittelt worden, daß v. Zastrow zur Zeit desselben sich häufig in Gesellschaft eines „andern Griechen“ in der Oranienburger Vorstadt aufgehalten und daß auch ein naher Verwandter dort gewohnt hat. In Betreff der Ermittelung des Verbrechens gebührt trotz aller entgegenstehenden Nachrichten den Herren Weber und v. Stutterheim das Verdienst, obgleich die Bemühungen der übrigen bei der Kriminalpolizei beschäftigten Beamten alle Anerkennung verdienen. Daß sämmtliche Beamte zur Ermittelung eines so schweren Verbrechens mitwirken müssen, ist so natürlich, wie die freiwilligen zahllosen Meldungen von Privatpersonen in derselben Sache. Wenn Blätter berichten, daß v. Zastrow gefesselt nach Bethanien transportirt worden sei, so beruht dies auf einem Irrthum. Der Schutzmann Engmann und ein Kriminal-Polizei-Beamter bildeten seine Begleitung; mit beiden saß er ungefesselt in einer Droschke. Bei einem moralisch und physisch so heruntergekommenen Menschen, wie v. Zastrow, wäre auch, wie die Behörde richtig schloß, eine Fesselung ganz überflüssig gewesen und hätte nur unnöthiges Aufsehen verursacht.

Telegr. Depeschen der Stett. Zeitung.

Madrid, 24. Februar. Heute fand der erste öffentliche protestantische Gottesdienst statt.

Lissabon, 24. Januar. Die Deputirtenkammer ist aufgelöst, die Kortes zum 4. Mai einberufen.

Konstantinopel, 24. Januar. Das türkische Geschwader verließ Syra, um nach Kreta zu gehen, nachdem die Versicherung ertheilt worden war, die „Enosis“ werde vor der gerichtlichen Entscheidung Syra nicht verlassen. Der Vicekönig von Egypten stellte dem Sultan 5000 Mann zur Verfügung.

Börsen-Berichte.

Stettin, 26. Januar. Witterung: trübe. Wind W. Temperatur 0 ° R.

An der Börse.

Weizen loco fest, Termine unverändert, pr. 2125 Pfd. loco ungar. geringer 60–61 Rt., besserer $62\frac{1}{2}$–64 Rt., feiner $64\frac{1}{2}$–67 Rt., bunter poln. 69–$71\frac{1}{2}$ Rt., weißer $71\frac{1}{2}$–$74\frac{1}{2}$ Rt., gelb. inländ. $70\frac{1}{2}$–$72\frac{1}{8}$ Rt., 83 bis 85pfd. Januar $70\frac{1}{2}$ Rt. nom, Frühjahr $70\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., $\frac{3}{4}$ Br., Mai-Juni $71\frac{1}{4}$ Rt. bez., Br. u. Gd.

Roggen matt, per 2000 Pfd. loco 52, $52\frac{1}{2}$ Rt., pr. Januar $52\frac{1}{2}$ Rt. bez., Frühjahr $52\frac{1}{4}$, 52 Rt. bez, $52\frac{1}{4}$ Br., 52 Gd, Mai-Juni $52\frac{3}{4}$ Rt. Br., Juni-Juli $53\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Gerste schwer verkäuflich, pr. 1750 Pfd. loco ungar. geringe 41–$42\frac{1}{2}$ Rt., mittel 43–44 Rt., feine 46 bis $47\frac{1}{2}$ Rt. angeboten.

Hafer stille, loco pr. 1300 Pfd. 34–35 Rt., 47- bis 50pfd. Frühj. 35 Rt. bez, Br. u. Gd., Mai-Juni $35\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Erbsen pr. 2250 Pfd. loco Futter- 56, $56\frac{1}{2}$ Rt., Koch- 57–58 Rt., Frühjahr Futter- $57\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Mais per Centner loco 2 Rt. 3 Sgr. bez.

Rüböl wenig verändert, loco $9\frac{7}{12}$ Rt. Br., Januar-Februar $9\frac{1}{2}$ Rt. Br., April-Mai $9\frac{2}{3}$, $\frac{17}{24}$ Rt. bez, $\frac{3}{4}$ Br., $\frac{2}{3}$ Gd, Septbr.-Oktbr. $10\frac{1}{12}$ Rt. bez., 10 Gd.

Spiritus still, loco ohne Faß $15\frac{1}{4}$ Rt. bez., Januar-Februar $15\frac{1}{12}$ Rt. bez., $\frac{1}{6}$ Br., Februar-März $15\frac{1}{8}$ Rt. Gd., Frühj. $15\frac{1}{6}$ Rt. bez., $\frac{5}{12}$ Rt. Br. u. Gd.

Angemeldet: 200 Ctr. Rüböl.

Regulirungspreise: Weizen $70\frac{1}{2}$, Roggen $52\frac{1}{2}$, Rüböl $9\frac{1}{2}$, Spiritus $15\frac{1}{12}$.

Stettin, den 25. Januar.

Hamburg	6 Tag.	$150\frac{7}{8}$ bz
„	2 Mt.	$150\frac{1}{8}$ B
Amsterdam	8 Tag.	$142\frac{1}{3}$ G
„	2 Mt.	—
London	10 Tag.	6 $24\frac{1}{2}$ bz
„	3 Mt.	6 23 B
Paris	10 Tg.	$81\frac{1}{6}$ B
„	2 Mt.	$80\frac{5}{6}$ B
Bremen	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Wch.	—
Wien	8 Tag.	—
„	2 Mt.	—
Preuss. Bank	4	Lomb. $4\frac{1}{2}$ %
Sts.-Anl. 54 57	$4\frac{1}{2}$	—
„ „	5	—
St.-Schldsch.	$3\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl.	$3\frac{1}{2}$	—
Pomm. Pfdbr.	$3\frac{1}{2}$	—
„ „	4	—
„ Rentenb.	4	—
Ritt. P. P. B. A.	4	—
Berl.-St. E. A.	4	—
„ Prior.	4	—
„ „	$4\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E. A.	$4\frac{1}{2}$	—
„ Prior.	4	—
St. Stadt-O.	$4\frac{1}{2}$	$92\frac{1}{2}$ B
St. Börsenhaus-O.	4	—
St. Schauspielh.-O.	5	—
Pom. Chausseeb.-O.	5	102 B
Greifenhag. Kreis-O.	5	—
Pr. National-V.-A.	4	$115\frac{1}{2}$ B
Pr. See-Assecuranz	4	—
Pomerania	4	120 B
Union	4	111 B
St. Speicher-A.	5	—
Ver.-Speicher-A.	5	—
Pom. Prov.-Zuckers.	5	—
N. St. Zuckersied.	4	160 B
Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Bredower „	4	—
Walzmühle	5	—
St. Portl.-Cementf.	4	—
St. Dampfschlepp G.	5	—
St. Dampfschiff-V.	5	—
Neue Dampfer-C.	4	96 B
Germania		102 B
Vulkan		145 B
St. Dampfmühle	4	108 B
Pommerensd. Ch. F.	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant.	4	—
St. Kraftdünger-F.	—	—
Gemeinn. Bauges.	5	100 B
Grabow Stadt-Obl.	5	—